



2018/14 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/14/von-wegen-einzelfall>

Die Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland ist gestiegen

Von wegen Einzelfall

Von **Ralf Fischer**

Immer öfter werden in Deutschland auch Kinder und Jugendliche Opfer von Antisemitismus.

»Wenn ein Kind antisemitisch bedroht wird, ist das beschämend und unerträglich«, sagte der neue Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) während seines Antrittsbesuchs in Israel. Weltweit müsse alles dafür getan werden, »um jüdisches Leben zu schützen«, so der 51jährige. Anlass für diese deutlichen Worte war das monatelange Martyrium, das ein Mädchen in einer Berliner Grundschule durchlebte. Der Vater des Kindes ist jüdischen Glaubens. Nach Aussagen der Eltern soll das Mädchen von der zweiten Klasse an wiederholt von muslimischen Mitschülern beleidigt und sogar mit dem Tode bedroht worden sein – weil sie nicht an Allah glaube. Maas versprach bei seinem Besuch in Israel, sich »jeder Form von Antisemitismus« entschieden entgegenzustellen.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) dagegen verharmloste die antisemitischen Drohungen auf der Schule: »Das ist ein furchtbarer und besorgniserregender Vorfall – der hoffentlich ein Einzelfall bleibt«, sagte er der B.Z. Was Müller dabei unter den Tisch fallen lässt: Allein in Berlin wurden in den vergangenen zwölf Monaten drei Fälle bekannt, in denen Schüler antisemitisch gemobbt worden waren. Der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) liegen für das Jahr 2017 insgesamt 18 Meldungen antisemitischer Vorfälle an Schulen vor. In einer Studie des American Jewish Committee (AJC) berichteten zudem viele Lehrer von einer stark gestiegenen Bedeutung der Religion im Schulalltag.

Antisemitische Vorfälle gebe es »praktisch jede Woche«, sagte Marina Chernivsky vom »Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland« der Süddeutschen Zeitung. Sogar in Kindertagesstätten bestehe dieses Problem bereits. »Die meisten Fälle werden nur einfach nicht bekannt, etwa weil die Eltern nichts sagen«, so der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Sigmund Königsberg, ebenfalls in der Zeitung.

Schulen bagatellisieren aus Sorge um ihr Image antisemitische Vorfälle meist als bloße Streitigkeiten.

Schulen bagatellisieren aus Sorge um ihr Image solche Vorfälle meist als bloße Streitigkeiten. Dervis Hizarci, dem Vorsitzenden der »Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus« (Kiga), zufolge verlassen »in Berlin jedes Jahr vier bis acht jüdische Jugendliche wegen religiösen Mobbings ihre Schule und wechseln aufs jüdische Gymnasium«.

Insgesamt registrierte die Polizei für das Jahr 2017 allein in der Hauptstadt 288 antisemitisch motivierte Vorfälle. Die Berliner Opferberatung Reach Out kommt im selben Zeitraum sogar auf 573. Den im Vergleich zum Vorjahr starken Anstieg antisemitischer Vorfälle führt die Nichtregierungsorganisation auf das verbesserte Meldesystem der RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) zurück. Die Stelle sammelt allerdings bereits seit Januar 2016 Meldungen über antisemitische Angriffe und Bedrohungen. Der RIAS zufolge gab es im vergangenen Jahr 936 antisemitische Vorfälle in Berlin. Der starke Zuwachs der absoluten Zahlen gehe vor allem auf Meldungen zurück, die die Stelle »von jüdischen und israelischen Institutionen mit Geschäftsstellen in Berlin erstmals 2017 systematisch übermittelt bekommen« habe, teilte die RIAS der *Jungle World* mit. Anfang übernächster Woche will die Stelle ihren detaillierten Bericht für 2017 vorstellen.

In ganz Deutschland stellten die Behörden einen Anstieg antisemitischer Propaganda und Gewalt fest. Bundesweit registrierte die Polizei im vergangenen Jahr insgesamt 1 453 antisemitische Delikte. Darunter waren 32 Gewalttaten und 160 Sachbeschädigungen. Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt es allerdings eine gewisse Verwirrung über die Statistiken. Anfang dieses Jahres berichteten regionale Medien über einen Rückgang antisemitischer Straftaten. Grundlage für diese Meldungen war eine kleine Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten Herbert Strotebeck. Aus der Antwort des nordrhein-westfälischen Innenministeriums geht hervor, dass Zahl der Straftaten gegen Juden im vergangenen Jahr um etwa 20 Prozent zurückgegangen sei.

Doch das Datenmaterial war unvollständig, zu dem Zeitpunkt lagen noch nicht alle Zahlen vor. Erst die Antwort auf eine kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Verena Schäffer (Grüne) enthält die Gesamtzahlen. Statt der zuerst gemeldeten 240 judenfeindlichen Straftaten waren es demnach 324. Das ist der zweithöchste Wert für ein einzelnes Jahr seit 2005; lediglich im Jahr 2014, als im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg ein sprunghafter Anstieg auf 349 antisemitische Straftaten verzeichnet wurde, lag die Zahl noch höher.

»Ich habe den Jugendlichen unserer Gemeinde verboten, öffentlich eine Kippa oder einen Davidstern an der Kette zu tragen«, sagte Irith Michelsohn, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Bielefeld, der Rheinischen Post. Der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal, Leonid Goldberg, pflichtete ihr bei: »Schon seit Jahren traut sich kaum jemand in Wuppertal und in vielen anderen deutschen Städten, die Kippa offen zu tragen.«

Dass die »Gemeinden das Gefühl haben, sie müssten aus Sicherheitsgründen ihre jüdische Identität verbergen«, hält die grüne Landtagsabgeordnete Schäffer »für sehr bedauerlich«. Auch der »Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten« beobachtet diese Entwicklung mit Sorge. »An den Schulen gibt es ein großes, neues Problem mit Antisemitismus«, sagte sein Sprecher Abraham de Wolf der Parteizeitung Vorwärts. »Wir beobachten nicht nur in Berlin, dass von muslimischen Kindern und Jugendlichen Aggressionen ausgehen.«